
2.1 Begriff

Erstmals Erwähnung findet der Begriff NGO in Artikel 71 der UN-Charta von 1945. Dort heisst es:

The Economic and Social Council may make suitable arrangements for consultation with **non-governmental organizations** (Hervorhebung nicht im Original) which are concerned with matters within its competence. Such arrangements may be made with international organizations and, where appropriate, with national organizations after consultations with the Members of the United Nations concerned.

Eine Definition von NGOs erfolgte dann in der Resolution 288 B(X) des Wirtschafts- und Sozialrates der UNO (Economic and Social Council – ESOSOC) von 1950. Sie lautet:

Any international organization which is not established by an inter-governmental agreement shall be considered as a **non-governmental organization** (Hervorhebung nicht im Original).

Die ECOSOC-Resolution 1296 (XLIV) von 1968 modifizierte diese Definition dahingehend, dass auch solche Organisationen als NGOs bezeichnet wurden, die Regierungsbehörden zu ihren Mitgliedern zählen, sofern eine solche Mitgliedschaft den freien Meinungs Austausch innerhalb der Organisation nicht beeinträchtigt. Infolge dieser sehr weit gefassten NGO-Definition der UNO wiesen die Organisatio-

nen, welche als NGOs bezeichnet wurden, eine große Heterogenität aus. So galten als NGOs politische Stiftungen, kirchlich-karitative oder gewerkschaftliche Organisationen, Lobbyorganisationen der Industrie und des Handwerks, wissenschaftliche Institute, Wohlfahrtsverbände, aber eben auch Umwelt-, Menschenrechts-, Entwicklungs- und humanitäre Organisationen.

Der Begriff NGO wurde zunächst ausschließlich auf die internationalen nichtstaatlichen Organisationen im Umfeld der UNO angewendet. Da er jedoch, abgesehen von der Nichtstaatlichkeit, kein darüber hinaus identitätsstiftendes Merkmal enthielt, verlor er in der Folge diesen eindeutigen Bezug zur UNO und fand auch auf nationale nichtstaatliche Organisationen Anwendung. Dies hatte zur Folge, dass fortan die Spannweite der Organisationen, die unter dem Begriff NGO fielen, von den vielen Tausend lokalen Selbsthilfegruppen in den Entwicklungsländern bis hin zu den eine internationale Mitgliedschaft aufweisenden, mit immensen Ressourcen ausgestatteten, global agierenden Organisationen wie z. B. Greenpeace International oder Amnesty International reicht (Furtak 1997, S. 21; Franz und Martens 2006, S. 21 ff.).

Die weite UNO-Definition hatte auch zur Folge, dass es zur Unterscheidung von „nicht auf Gewinn“ gerichteten (not-profit making) und „auf Gewinn gerichteten“ (profit making) NGOs kam (Köck und Fischer 1997, S. 59), mit der Folge, dass transnationale, also grenzüberschreitende global agierende (Wirtschafts)-Unternehmen (Transnational Corporations – TNCs) wie Walmart, Microsoft, BP, Daimler auch als NGOs und zwar als BINGOs (Business International Non-Governmental Organizations) bezeichnet wurden. Gegenwärtig werden diese jedoch nicht mehr zu den NGOs gezählt, sondern stattdessen beispielsweise als „private transnationale Akteure“ bezeichnet (Rittberger et al. 2010, S. 241).

NGOs sind Vereinigungen privater Personen, die aufgrund eines privatrechtlichen Vertrages gegründet wurden. Woyke (2010, S. 212) zufolge handelt es sich bei ihnen um einen Zusammenschluss von mindestens drei gesellschaftlichen Akteuren aus mindestens drei Staaten, der zur Ausübung seiner grenzüberschreitenden Zusammenarbeit Regelungsmechanismen aufstellt. Eine hinreichende Organisationsstruktur ist für Rittberger et al. (2010, S. 243) ein weiteres konstitutives Kriterium für eine NGO. Für die UIA müssen NGOs

- auf private Initiative gegründet und unabhängig – vor allem frei von staatlicher Einflussnahme – sein;
- eine internationale Mitgliedschaft aufweisen;
- ihre finanzielle Mittel aus mindestens drei Ländern beziehen sowie in mindestens drei Staaten tätig sein;
- über ein Wahlmechanismus für das Leitungsgremium verfügen und
- einen Hauptsitz und einen festen Mitarbeiterstab vorweisen.

Eine Definition der UNO für NGOs lautet:

Eine Nichtregierungsorganisation (NGO) ist eine nicht gewinnorientierte Organisation von Bürgern, die lokal, national oder international tätig sein kann. Auf ein bestimmtes Ziel hin ausgerichtet, versuchen NGOs eine Vielzahl von Leistungen und humanitären Aufgaben wahrzunehmen, Bürgeranliegen bei Regierungen vorzubringen und die politische Landschaft zu beobachten.¹

Im Laufe der 1990er Jahre hat sich in Wissenschaft und Öffentlichkeit eine bestimmte Sichtweise auf den Akteur NGO durchgesetzt, die Auswirkung auf dessen Definition hatte. So werden heute folgende Merkmale zur Beurteilung herangezogen, ob es sich bei einer Organisation um eine NGO handelt:

- Feste Organisationsstruktur;
- Unabhängigkeit von Staaten bzw. Regierungen;
- Keine Gewinnabsicht;
- Engagement für gemeinwohlorientierte Ziele.

Die diesem Band zugrundeliegende Definition von NGO lautet daher:

NGOs sind feste Zusammenschlüsse unabhängiger gesellschaftlicher Kräfte, die ohne Gewinnabsicht gemeinwohlorientierte Ziele verfolgen, sich insbesondere für humanitäre und ökologische, dem Anspruch nach universelle Prinzipien einsetzen und versuchen, Einfluss auf Staaten und IGOs auszuüben.

Mit Ausnahme des IKRK und des Malteser Ordens handelt es sich bei NGOs im Unterschied zu IGOs nicht um Völkerrechtssubjekte, sondern um **Subjekte des Privatrechts**. Sie sind damit nicht dem Völkerrecht unterworfen, sind keine Träger von Rechten und Pflichten und üben keine Hoheitsgewalt aus. Gleichwohl gibt es in der politikwissenschaftlichen und völkerrechtlichen Literatur eine Diskussion darüber, ob NGOs, insbesondere solche im Umfeld der UNO, nicht zumindest eine partielle Völkerrechtssubjektivität zuerkannt werden kann.²

¹ <http://www.unric.org/de/aufbau-der-uno/85>, 25.07.2014.

² Siehe hierzu Bakker und Vierucci (2008); Martens (2003); Lindblom (2011).

2.2 Gründung und quantitative Entwicklung

Als Vorläufer von NGOs können die im 19. Jahrhundert aufgekommenen freiwilligen Vereinigungen von Bürgern bezeichnet werden. So machte 1835 Alexis de Tocqueville auf seiner Reise durch die USA eine Vielzahl freiwilliger, gemeinwohlorientierter Vereinigungen aus, die vor allem soziale Aufgaben wahrnahmen. Aus diesen freiwilligen Vereinigungen sind im Laufe der Zeit soziale Bewegungen geworden, die im Zuge einer Institutionalisierung zu den heutigen NGOs geworden sind (Furtak 1997, S. 27). Die Entstehung international tätiger NGOs ist auf Mitte des 19. Jahrhundert zu datieren mit der Gründung von hauptsächlich religiös ausgerichteten bzw. humanitären und sozialen Vereinigungen. Beispielfhaft sei genannt: Anti-Slavery International Society (1839), Evangelischer Weltbund (1846), Guttempler-Orden (1851), YMCA-Weltbund (1855), Heilsarmee (1865) sowie das 1863 gegründete Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK). 1903 und damit Anfang des 20. Jahrhunderts wurde Fauna & Flora International gegründet – heute die älteste internationale Naturschutzorganisation der Welt.

Für das Jahr 1909 zählt die UIA 176 NGOs. Parallel zur Entwicklung bei den IGOs stieg der Zahl der NGOs nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs auf 832 im Jahr 1951 an – noch während des Kriegs waren mit Oxfam (1942) und Care International (1945) wichtige internationale Hilfsorganisationen gegründet worden. In den Folgejahren war ein stetiger Zuwachs an NGOs zu verzeichnen. Beispielfhaft sei hier die Gründung der weltweit tätigen Menschenrechtsorganisationen Amnesty International (1961) und Human Rights Watch (1978) sowie der großen Natur- und Umweltschutzorganisationen WWF (1961) und Greenpeace International (1971) genannt. Von 1978 bis 1983 verdoppelte sich nahezu die Zahl der NGOs von 2420 auf 4779. Nach einem kleinen Abschwung zwischen 1983 und 1987 stieg die Zahl bis 2009 kontinuierlich auf rund 8000 an. Nach einem erneuten kleinen Abschwung ist ab 2010 wieder ein moderater Anstieg zu verzeichnen auf, wie Abb. 2.1 zeigt, 8577 NGOs im Jahr 2013.

Die Ursachen für die Entstehung von NGOs bzw. deren rasant quantitativen Entwicklung sind vielfältig: Curbach (2003, S. 25 f.) nennt: 1) Die steigende Nachfrage nach nicht gewinnorientierten Organisationen infolge des Versagens von Markt und Staat – NGOs stellen Expertise zur Verfügung, womit die Legitimation von Entscheidungen verstärkt wird und erbringen Dienstleistungen effizienter als öffentliche und marktwirtschaftliche Anbieter. 2) Die technologische Entwicklung – insbesondere durch die Kommunikationstechnologie sind die Möglichkeiten für ressourcenschwache Organisationen wie NGOs zur transnationalen Vernetzung (z. B. E-Mail) wesentlich erleichtert worden. 3) Das Ende des Ost-West-Konflikts – hierdurch ist die Aufmerksamkeit der internationalen Politik von sicherheitspolitischen Themen hin zu solchen verschoben worden, in denen NGOs aktiv sind, wie Umweltschutz, Menschenrechte und Demokratisierung.

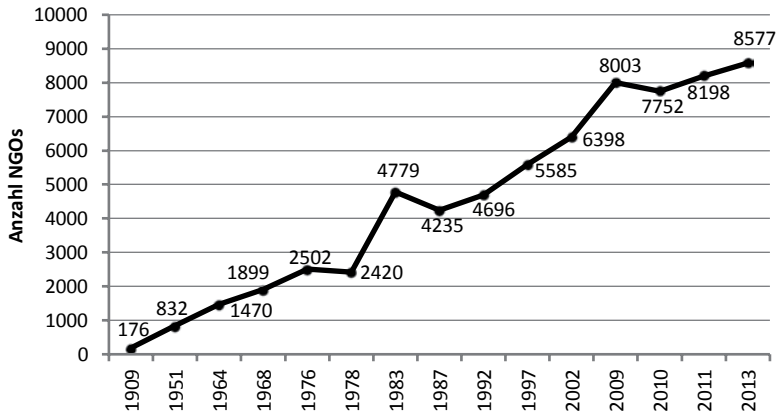


Abb. 2.1 Entwicklung NGOs (1909–2013). (Quelle: UIA (2013, S. 33 f.). Herangezogen wurden die Zahlen des Typs A–D (vgl. die Anmerkungen zu Abb. 1.1)

Reimann (2006, S. 45 ff.) sieht den rasanten Zuwachs an NGOs in der seit den 1980er Jahren deutlich gestiegenen finanziellen Unterstützung durch IGOs, insbesondere von UNO und EU, sowie in den verbesserten Möglichkeiten von NGOs zur Partizipation an der Politik von IGOs begründet. Diese Sichtweise teilen Karns und Mingst (2010, S. 233) und verweisen auf die verstärkte Möglichkeit von NGOs, an UNO-Weltkonferenzen teilzunehmen und dort ihre Forderungen in den Entscheidungsprozess einzubringen.

2.3 NGOs als Akteure in der Weltpolitik

NGOs haben als „global players“ das „Spielfeld der internationalen Politik“ mit neuen Ideen und unkonventionellen Konzepten zur Analyse und Lösung weltweiter Probleme, vor allem aber mit einem über den Interessenhorizont der staatlichen Akteure (Staaten und IGOs) hinausgreifenden Problembewusstsein betreten. Zu den Bereichen, in denen NGOs ihre Aktivitäten rund um den Globus mit zunehmender Handlungsmacht entfalten, zählen insbesondere Umweltschutz, Entwicklungs- und humanitäre Hilfe, Schutz der Menschenrechte, Friedenswahrung, Frauenrechte und Bekämpfung der Massenarmut.

Der Ruf nach einer verstärkten Mitwirkung von NGOs an internationalen Politikprozessen ist in der Vergangenheit immer lauter geworden, denn durch ihr Engagement, ihre Sachkompetenz, die ihnen zur Verfügung stehenden Informationen und ihre Bürgernähe sind sie unentbehrlich für die Formulierung und teilweise

auch Implementierung von Politik geworden. Die Arbeit der NGOs genießt weltweite Anerkennung, was nicht zuletzt durch die Verleihung des **Friedensnobelpreises** zum Ausdruck kommt. Preisträger sind u. a. das IKRK (1917, 1944, 1963), Amnesty International (1977) und Médecins Sans Frontières (1999).

NGOs setzen Themen auf die Tagesordnung der internationalen Diplomatie, wecken und verstärken das Bewusstsein der Bürger hinsichtlich bestimmter globaler und regionaler Probleme und wirken auf Staaten und IGOs zwecks Unterstützung ihrer Ziele ein (Furtak 1997, S. 49). Darüber hinaus machen sie mit spektakulären Aktionen und Protesten auf Missstände aufmerksam und bringen sich in politische Entscheidungsprozesse ein, um die Position der Verhandlungsführer zu beeinflussen (Hartmann 2009, S. 181). Neben Staaten sind IGOs wichtige Adressaten der Einflussnahme von NGOs. So agieren sie im Umfeld der UNO³, der OSZE, des Europarates und nicht zuletzt der EU – mit allerdings unterschiedlichen Mitwirkungsmöglichkeiten bei der politischen Willensbildung und Entscheidungsfindung.

Auch sind NGOs aus internationalen Regierungskonferenzen, insbesondere **UNO-Weltkonferenzen**, nicht mehr wegzudenken, wo sie nicht nur als kritische Beobachter und Veranstalter von Parallelkonferenzen auf alternative Lösungsvorschläge aufmerksam machen (Herren 2009, S. 121), sondern auch als tatkräftige Teilnehmer auftreten, in die Gremienarbeit integriert sind und ihre Expertise einbringen (Franz und Martens 2006, S. 17). Beispiele hierfür sind u. a. die UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro, die UN-Menschenrechtskonferenz 1993 in Wien sowie der Weltsozialgipfel 1995 in Kopenhagen und die Weltfrauenkonferenz 1995 in Peking. Zur Klimakonferenz 2009 in Kopenhagen waren über 1200 NGOs akkreditiert (Götz 2011, S. 191 f.).

Auch im **Völkerrecht** wird NGOs eine wichtige Rolle beigemessen. So leisten sie, Hobe (2008, S. 123 f.) zufolge, einen erheblichen Beitrag zur Durchsetzung des Völkerrechts, insbesondere durch Ermittlung von Tatsachen (fact finding) und Mitwirkung an der Formulierung völkerrechtlicher Verträge (standard setting). So sind z. B. die Konvention über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen von 1973 und das 1997 von 122 Staaten unterzeichnete Abkommen über das Verbot von Landminen maßgeblich auf die Aktivitäten von NGOs zurückzuführen.

³ Zum 01. September 2013 besaßen 3900 NGOs einen Konsultativstatus beim Wirtschafts- und Sozialrat der UNO, der ihnen bestimmte Anhörungs- und Rederechte einräumt. Für eine Übersicht siehe: United Nations Economic and Social Council List of Non-Governmental Organizations in Consultative Status with the Economic and Social Council as of 1 September 2013, <http://csonet.org/content/documents/e2013inf6.pdf>, 25.07.2014.

NGOs nehmen auch eine wichtige Funktion bei der Entstehung, Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung von **internationalen Regimen** wahr. Durch ihre stetige Lobbyarbeit tragen sie zur Formulierung der Prinzipien, Normen und Regeln eines Regimes bei und versuchen, dessen Entscheidungsverfahren zu beeinflussen. Nachweislich Einfluss hatten NGOs auf diverse Umweltregime sowie das internationale Menschenrechtsregime.⁴

NGOs werden von Staaten und IGOs mittlerweile als unverzichtbare Partner in Verhandlungsprozessen wahrgenommen, weil sie über **komparative Vorteile** verfügen. Sie sind (im Allgemeinen) unbürokratisch, flexibel, innovativ, kosteneffizient, unbestechlich und genießen eine große Akzeptanz bei der Bevölkerung und bestimmten gesellschaftlichen Zielgruppen. Was NGOs insbesondere auszeichnet, ist ihr spezielles Know-how. Denn im Unterschied zu staatlichen Akteuren, die sich mit einer Vielzahl von Problemfeldern auseinandersetzen müssen, können sie sich auf ein eng begrenztes Sachgebiet konzentrieren (Furtak 1997, S. 43 f.).

Von Bedeutung für das Gewicht von NGOs ist darüber hinaus, dass IGOs sie gerne dazu (be)nutzen, ihrer Politik Legitimation zu verleihen oder diese zu verstärken. Dies trifft vor allem auf solche Organisationen wie die EU zu, die ein Demokratiedefizit aufweist und deshalb versucht, über die Einbindung von zivilgesellschaftlichen Akteuren wie NGOs die Qualität von Entscheidungen und damit die Chance demokratische Legitimität sichernden effizienten Regierens zu verbessern.

Die Aktivitäten von NGOs gegenüber Staaten und IGOs erstrecken sich auf Agenda Setting, Politikformulierung und Politikimplementierung. Bei **Agenda Setting** geht es für NGOs darum, ein bestimmtes Problem auf die Tagesordnung der internationalen Politik zu setzen und Regierungen die Notwendigkeit der Problembearbeitung vor Augen zu führen. Im Zuge der **Politikformulierung** versuchen sie mittels Lobbying und durch Präsenz in Gremien dafür Sorge zu tragen, dass bei der Regelung einer Materie ihre Interessen Berücksichtigung finden. An der **Politikimplementierung** sind NGOs dann beteiligt, wenn sie aufgrund ihrer Erfahrung und ihres Fachwissens mit der Durchführung bzw. Umsetzung der von Staaten oder der internationalen Gemeinschaft beschlossenen Programme oder Projekte befasst sind.

Zusammengefasst lassen sich – ebenso wie bei den IGOs – drei Rollenbilder von NGOs in der Weltpolitik unterscheiden:

⁴ Für Beispiele aus dem Bereich Umwelt und Menschenrechte siehe Furtak (1997, S. 71–78). Speziell zum Einfluss von NGOs auf das Internationale Walfangregime siehe Gulbrandson et al. (2011).

1. NGOs als Instrumente zur Unterstützung staatlicher Problembearbeitung.
2. NGOs als Akteure, die eigene Akzente in der Weltpolitik setzen.
3. NGOs als Katalysatoren zur Demokratisierung bzw. Steigerung der Legitimität staatlichen Regierens.

2.4 Typen von NGOs

NGOs lassen sich nach zahlreichen Kriterien, wie nach Art und Ziel der Aktivitäten, dem Grad an Nichtstaatlichkeit u. a. m. unterscheiden. NGOs, die sich auf Agenda Setting und Politikformulierung konzentrieren, können als „politische NGOs“ bzw. als „advocacy NGOs“ bezeichnet werden. Hierzu gehören insbesondere Menschenrechtsorganisationen, wie z. B. Amnesty International, oder Natur- und Umweltschutzorganisationen, wie z. B. der World Wide Fund for Nature (WWF). Dagegen gehören solche NGOs, die sich der Politikimplementierung, also der Versorgung von hilfsbedürftigen Menschen mit Gütern und Dienstleistungen verschrieben haben, zur Kategorie der „operational NGOs“ bzw. der „service NGOs“ – hierzu zählen insbesondere die humanitären Hilfsorganisationen wie das IKRK und Médecins Sans Frontières. Gerade das Beispiel IKRK zeigt jedoch, dass es schwierig ist, klare Grenzen bei den Zielsetzungen zu ziehen. Denn sein Tätigkeitsschwerpunkt liegt zwar in der Versorgung von Kriegsoptionen und damit im Bereich der Implementierung, gleichzeitig beeinflusst es durch seine Arbeit auch das Agenda Setting und die Politikformulierung (Curbach 2003, S. 58 ff.; Furtak 2005, S. 91 f.). Ähnliches trifft auf die in der medizinischen Nothilfe tätige Hilfsorganisation Médecins Sans Frontières zu, wobei es den Einfluss einer solchen Organisation auf das Agenda Setting stärkt, wenn sie auf nachhaltige Erfahrungen im Bereich der Politikimplementierung verweisen kann (Schwenger 2013, S. 51).

Wenn NGOs nach dem Grad der Nichtstaatlichkeit unterschieden werden, führt dies zu den folgenden drei Untertypen:

1. GINGOs („genuine“ NGOs)
2. QUANGOs („quasi“ NGOs)
3. GONGOs („government organized“ NGOs)

GINGOs setzen sich ausschließlich aus Privatpersonen zusammen und die Finanzierung erfolgt zu 100% durch Mitgliedsbeiträge und Spenden. Finanzielle Zuwendungen von staatlicher Seite sind aus Gründen der Wahrung der Unabhängigkeit der Organisation ausgeschlossen. Amnesty International erfüllt diese Kriterien am ehesten.

Mitglieder einer **QUANGO** sind neben Privatpersonen auch staatliche Repräsentanten. Die Finanzierung der Organisation erfolgt zum großen Teil durch öffentliche Mittel, dennoch kann sie autonom über die von ihr verfolgten Ziele entscheiden. Wo die Grenze zwischen Eigen- und Fremdfinanzierung zu ziehen ist, um noch als nichtstaatlich gelten zu können, ist umstritten. Das IKRK ist das bekannteste Beispiel für diesen NGO-Typus.

GONGOs werden aufgrund einer staatlichen Initiative gegründet und werden überwiegend von staatlichen Stellen finanziert. Die private Organisationsform ist das einzige nichtstaatliche Merkmal. Früher waren solche Organisationen vielfach von den Protagonisten des Kalten Krieges, der Sowjetunion und den USA, gegründet worden; heutzutage werden sie häufig von Regierungen in der Dritten Welt gegründet, um den Strom von Hilfgeldern an den NGO-Sektor abzuschöpfen (Furtak 2005, S. 64; Franz und Martens 2006, S. 40 ff.).

In der Literatur finden sich viele weitere Bezeichnungen für NGO-Typen: PONGO für „profit-oriented non-governmental organization“, also für eine Organisation, bei der wirtschaftliche Interessen im Vordergrund stehen; GRINGO für „government run/inspired non-governmental organization“ und DONGO für „donor organized non-governmental organization“, wobei es sich bei den beiden letzteren um dieselbe Organisationsform handeln dürfte wie bei einer GONGO. HINGO für „hybrid international non-governmental organization“ ist lediglich eine andere Bezeichnung für QUANGO (Furtak 2005, S. 65). Pease (2012, S. 38) zufolge gibt es darüber hinaus CONGOs (Commercial NGOs), MANGOs (Mafia NGOs) und PANGOs (Party NGOs). Bei Schwenger (2013, S. 36) finden sich außerdem die Akronyme CRINGO (Criminal NGO), FANGO (Fake NGO) sowie MONGO (My Own NGO).

Die Auswahl der in diesem Band behandelten NGOs (siehe Teil III.) folgt einer Unterscheidung nach der thematischen Zielrichtung ihrer Aktivitäten. Ausgewählt wurden mit Menschenrechte, Entwicklungs- und humanitäre Hilfe und Umweltschutz Politikfelder, die zu den Tätigkeitsschwerpunkten von global agierenden internationalen NGOs zählen. Exemplarisch vorgestellt werden solche NGOs, die in diesen drei Politikfeldern aufgrund ihrer personellen und finanziellen Ressourcen international eine wichtige Rolle spielen, über die mediale Berichterstattung bekannt und daher für Dozentinnen und Dozenten sowie insbesondere für Studierende von Interesse sind. Abbildung 2.2 zeigt die ausgewählten acht NGOs.



Abb. 2.2 Auswahl NGOs. (Da es schwierig ist, eine strikte Unterscheidung zu treffen zwischen NGOs, die ausschließlich in der Entwicklungshilfe/Entwicklungszusammenarbeit tätig sind und solchen, die ausschließlich humanitäre Hilfe leisten, wurden sie in einem Politikfeld zusammengefasst.)

2.5 Legitimität und Grenzen der Einflussnahme

NGOs weisen auch Schwachpunkte auf. Insbesondere in Zusammenhang mit dem ihnen zugeschriebenen Potential zur Demokratisierung bzw. Legitimitätssteigerung staatlicher Politik wird kritisiert, dass sie 1) ein Legitimationsproblem haben, weil sie Interessen vertreten, von denen nicht bekannt ist, welches Maß an Zustimmung seitens der Öffentlichkeit hinter ihnen steht; 2) ein innerorganisatorisches Demokratiedefizit aufweisen; 3) für ihre Aktivitäten gegenüber der Allgemeinheit keine Verantwortung tragen und damit einer Kontrolle entzogen sind (Dijkzeul und DeMars 2011, S. 209 ff.). Allerdings müssen sich solche Defizite nicht nachteilig auf Demokratisierungspotential und Demokratisierungseffekte auswirken, weil NGOs ihre programmatischen Vorstellungen nicht in autoritative Entscheidungen umsetzen (Furtak 2005, S. 257).

Karns und Mingst (2010, S. 250 ff.) werfen ebenfalls die Frage von Repräsentativität, Transparenz und Verantwortlichkeit von NGOs auf. Sie zweifeln die Repräsentativität zumindest der großen internationalen NGOs, die eine Arte Elite darstellen, an, fordern mehr Transparenz von NGOs hinsichtlich der öffentlichen Bekanntgabe ihrer Einnahmen und Ausgaben und sind skeptisch, ob NGOs von der Klientel, von der sie behaupten sie zu vertreten, zur Verantwortung gezogen werden können. Rittberger et al. (2010, S. 270) weisen darauf hin, dass auch dann, wenn NGOs nicht den Standards demokratischer Legitimation von Demokratien

Internationale Organisationen

Staatliche und nichtstaatliche Organisationen in der
Weltpolitik

Furtak, F.T.

2015, XX, 458 S. 20 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-00176-6